

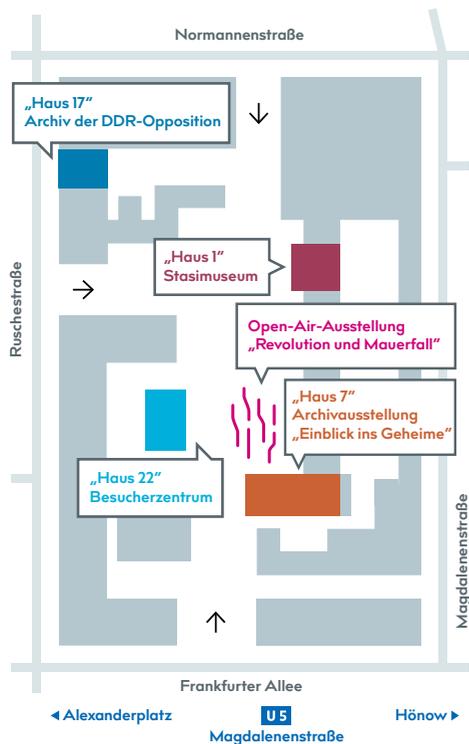
Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie

„Haus 7“ • Ruschestraße 103

10365 Berlin-Lichtenberg

Kontakt:

Telefon: 030 2324-8918 • E-mail: veranstaltungen@bstu.bund.de
www.bstu.de



Der
Eintritt
ist frei.

Verkehrsbindung
U-Bahn-Linie U5, Ausstieg
Magdalenenstraße
(10 Minuten Fahrtzeit vom
Alexanderplatz)

Stasi-Zentrale.
Campus
für Demokratie



BUCHVORSTELLUNG UND DISKUSSION

MENSCHENRECHTE IN DER DIKTATUR

Die Staatssicherheit und der
KSZE-Prozess in den 70er
und 80er Jahren

Mi • 27.02.2019 • 18 Uhr • „Haus 7“
Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie



Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

ROBERT HAVEMANN
GESELLSCHAFT E.V.
ARCHIV DER DDR-OPPPOSITION

Demokratie
statt DIKTATUR



Die Robert-Havemann-Gesellschaft wird gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien und den Berliner Beauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur.

Bildnachweis: S. 1: Der Erste Sekretär des ZK der SED Erich Honecker (links) und Bundeskanzler Helmut Schmidt auf der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki, 30. Juli 1975. Quelle: Bundesregierung/Reineke, Engelbert; B 145 Bild-00009689.

Mit der Teilnahme wird dem Veranstalter die Erlaubnis erteilt, während der Veranstaltung Foto- und Filmaufnahmen zu machen und diese für die Öffentlichkeitsarbeit zu verwenden.



Mi • 27.02.2019 • 18 Uhr • „Haus 7“

Buchvorstellung und Diskussion

MENSCHENRECHTE IN DER DIKTATUR

Die Staatssicherheit und der KSZE-Prozess in den 70er und 80er Jahren

Helsinki 1975, die Welt war geteilt in Ost und West. Dennoch handelten 35 Staaten beider Seiten eine gemeinsame Erklärung aus, die auch die Einhaltung von Menschenrechten vereinbarte. Bei der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) war auch die DDR dabei – bemüht um internationale Anerkennung.

Für die Stasi war die Unterschrift unter die KSZE-Schlussakte eine Herausforderung: Wie sollte sie nun mit Forderungen der DDR-Bevölkerung nach Menschenrechten umgehen?

Im politischen KSZE-Prozess war die Sowjetunion beim Thema Menschenrechte stärker auf den Westen zugegangen als die SED-Führung. Moskau forcierte für die DDR vielmehr eine Politik der strikten Abgrenzung von der Bundesrepublik. Gleichzeitig beauftragte die SED die Stasi, unerwünschte Nebenwirkungen in der DDR zu bekämpfen. Die Geheimpolizei agierte dadurch im Spannungsfeld zwischen SED und



Früher Ort der Repression –
heute ein Lernort
mit vielfältigen Angeboten,
Foto: BStU/dronebrothers.de

Sowjetunion, vertreten durch den KGB. Doch die Bemühungen der Stasi brachten am Ende wenig. Die Folgen des KSZE-Prozesses reichten mit der steigenden Ausreisebewegung weit ins Jahr 1989 und verschärften die Krise des SED-Staates.

Dr. Douglas Selvage (Historiker, BStU) und **Dr. Walter Süß** (Historiker) stellen ihr neues Buch „Staatssicherheit und KSZE-Prozess. MfS zwischen SED und KGB (1972–1989)“ vor. Dr. Selvage erläutert in einem Impulsvortrag, wie sich der Spielraum der Stasi im Laufe des KSZE-Prozesses verringerte und gleichzeitig oppositionelle Kräfte in ihren Reformbestrebungen ermutigt wurden. **Wolfgang Templin**, Mitbegründer der Menschenrechtsgruppe Initiative Frieden und Menschenrechte, berichtet von den Folgen des KSZE-Prozesses für die Bürgerrechtsbewegung.

Moderation: **Dr. Jacqueline Boysen** (Journalistin)

Empfang im Anschluss.

Die Veranstaltung ist Teil der Reihe „Macht, Menschenrechte, Mauerfall. Die Stasi in der Friedlichen Revolution“.